

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 11 (1897)

250 (27.10.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-261860](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-261860)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (inkl. Frachtporto) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Vollständigliste Nr. 5290) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pfg. exkl. Beleggeld.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon - Anschluss Nr. 58.

Inserate werden die fünfgespaltene Corpusspalte oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition angekommen sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 250.

Bant, Mittwoch den 27. Oktober 1897.

11. Jahrgang.

Junkerpolitik — Hungerpolitik.

Welche Macht die deutschen Agrarier im Reiche heute schon ausüben vermögen, das zeigt nichts Besseres als die Erlöse ihrer egoistischen Bestrebungen, fremdes Vieh und Fleisch aller bestehenden Handelsverträge entgegen vom deutschen Markte fernzuhalten.

Ohne viel Aufhebens in der Öffentlichkeit zu machen, hat die Reichsregierung auf Drängen des preussischen Landwirtschaftsministers den Agrarier „ein kleines Mittel“ bewilligt, das für die Masse des Volkes die Vertheuerung der gesammten Lebenshaltung, für den kleinen Kreis der Agrarier dagegen eine durchaus unzulässige Privilegierung ihres Geschäftes bedeutet. Die Politik der Regierung sieht hier mit vollem Bewußtsein am Strande der Agrarier. In der Denkschrift, die das preussische Ministerium über die zur Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen voriges Jahr dem Landtage vorgelegt hat, weiß der Minister mit großem Stolz auf den Erfolg der Absperrungspolitik hin. Er führt alle in dieser Beziehung angeordneten Maßnahmen auf und stellt fest, daß nämlichen Grenzen fremdes Vieh und Fleisch gegenüber gesperrt seien mit Ausnahme der oberflächlichen Grenze. Aber, so fährt die Denkschrift wörtlich fort, die in beschränktem Umfang im Hinblick auf die Fleischversorgung der Arbeiterbevölkerung des oberflächlichen Industriebezirks noch zugelassene Einfuhr lebender ruffischer Schweine wird weiter eingeschränkt und in nicht ganz ferner Zeit ganz eingestellt werden können.

Was die Denkschrift vorausgesehen hat, die Regierung wahr gemacht. Seit März dieses Jahres ist gegenüber Rußland längs der Grenze die Ein- und Durchfuhr von Rindvieh, Schafen und Schweinen, sowie von geschlachtetem Vieh vollständig verboten. Nicht einmal das früher erlaubte Einbringen von russischem Schweinefleisch in sofstreife 2 Kilogrammstücke ist noch gestattet. Mit veterinärpolizeilichen Gründen hat man die Zulässigkeit dieser und der andern Sperremaßnahmen begründet, in Wirklichkeit sind diese Gründe aber nur ein Vorwand zur Verfolgung agrarischer Junkerbestrebungen. Selbst der junkerfreundliche Minister von Hammerstein konnte nicht umhin, auszugeben, daß die Sperremaßnahmen das deutsche Vieh vor ansteckenden Krankheiten nicht hätten können. Denn, so sagte er, man dürfe nicht vergessen, die Tuberculose trete bei uns häufiger auf als im Auslande.

Die Junker haben ihren Zweck erreicht;

die Regierung hat leichter Hand das kleine Mittel bewilligt. Was aber ist für das deutsche Volk der Effekt der Sperrepolitik?

Wir wollen nicht von der Noth in Ober- schlesien reden; das ist schon früher ausführlich geschehen. Aber darauf glauben wir hier aufmerksam machen zu sollen, daß die Absperrung jeglichen fremden Viehes, insbesondere der Schweine, von den deutschen Märkten allmählich Schweinefleischpreise gesenkt hat, die der arbeitenden Klasse in erster Linie ein nothwendiges Lebensmittel in künftiger Weise und zum Vortheile einer an und für sich schon bevorzugten Sippe ganz erheblich vertheuert.

Wir führten noch im Jahre 1892 für 98 Millionen Mark Schweine nach Deutschland ein. Die Absperrungspolitik der letzten Jahre hat es zu Wege gebracht, daß im Jahre 1896 nur noch für 6,9 Millionen Mark eingeführt werden konnten. Allein aus Ausland gingen 1896 für eine Million Mark Schweine weniger ein wie im vorhergehenden Jahre. Im laufenden Jahre wird die Importziffer zweifellos noch weiter sinken. Der Ausfall dieser Vösten Schweine macht sich im laufenden Jahre auch ganz besonders bemerkbar. Der deutsche Markt hat großen Bedarf an Schweinen, die deutsche Produktion kann das erforderliche Quantum nicht liefern, und so hat seit einiger Zeit der Preis für Schweinefleisch eine Höhe angenommen, die in den letzten sieben Jahren noch nie erreicht worden ist.

Es zum Juli dieses Jahres war die Steigerung noch mäßig, obwohl die Schweinefleischpreise gegen die achtziger Jahre schon ganz enorm, von 85 Mk. pro 100 Kilogramm auf 100 Mk. gemachsen waren. Von Juli ab jedoch entwickelte sich eine noch selten dagewesene Pause am Berliner Viehmarkt, die am besten durch nachfolgende Tabelle veranschaulicht werden dürfte:

Es betrug der Preis pro 100 Kilogramm Schweinefleisch in Mark:

	I. Qualität	II. Qualität	III. Qualität
am 3. Juli	102—104	100—104	92—98
„ 17. „	112—114	108—110	96—106
„ 7. August	116—118	112—114	106—110
„ 28. „	118—120	114—118	108—112
„ 11. Sept.	124—126	120—124	112—118
„ 2. Oktbr.	124—126	120—122	112—118

Langsam, aber ganz energig folgten die Detailpreise der Haufe auf dem Viehmarkt nach. Noch am 1. Juli konnte man in den Berliner Markthallen die geringe Qualität Schweinefleisch pro Kilogramm zu 88 Pfg. kaufen, heute zahlt man dafür 1 Mk. 10 Pfg. Pro Kilogramm beträgt also der Aufschlag seit Juli bei der geringsten Sorte 22 Pfg. oder

pro Pfund 11 Pfg. Dabei kosten die besseren bedeutend mehr, bis zu 1 Mk. 60 Pfg. pro Kilogramm. Die Vertheuerung der Schweinefleischpreise seit Juli legt der Berliner Bevölkerung eine monatliche Mehrausgabe in der Höhe von annähernd einer halben Million Mark auf. Am schwersten trifft die Vertheuerung den Arbeiterhaushalt, in dem Schweinefleisch die oft ausschlaggebende Fleischkost bildet. Bei fünf Pfund Fleischverbrauch pro Woche und Familie beträgt die Mehrausgabe 55 Pfg.

Solche Preisverhöhungen geschehen zu keinem anderen Zwecke, als um den Agrariern die Viehpreise zu einer unnatürlichen Preishöhe zu verhelfen! Welchem andern Gembere verschafft der Staat auf gleiche Weise künstliche, hohe Preise auf Kosten der übrigen Steuerzahler? Ist es nicht unerhört, daß der künstlichen Brotvertheuerung durch den Getreidezoll nicht mehr eine künstliche Fleischvertheuerung folgt, die einer Schaar bankrotter Landwirthe östlich der Elbe ihre Existenz garantiren soll? In dieser momentanen Fleischvertheuerung vermag das Volk einmal wieder mit Händen zu greifen, wohin die Vertheuerung der Junker führt. Ihre Macht zu brechen, die Brot- und Fleischvertheuerung aus den Parlamenten zu vertreiben, das ist ein Akt der Nothwehr, zu der sich das Volk unter dem Druck der Hungerpolitik der Junker bei den kommenden Reichstagswahlen gezwungen fühlt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Von der Stellung der Minister im neudeutschmodernen Staatswesen haben die Agrarier eine Auffassung, die so recht mittelalterlichen Charakter besitzt. Zu der Frage: Krisis oder nicht? äußert sich die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“. „Ist sie da? Kommt sie? Darüber streiten sich jetzt die Blätter. Wir sind „barbarisch“ genug, um einzuräumen, daß uns kein Reichshändler und preussischer Ministerpräsident sein, ohne die politische Leitung zu haben, und wenn die Dinge so liegen, ist es nicht von weiterführender Bedeutung, ob der Kaiser hohenlohe oder Pappele, oder wie sonst heißt. Auch in der Agrarfrage kommt es nur darauf an, wie die wirklich entscheidende Stelle gefüllt ist. Dringt hier die Ueberzeugung durch, daß die Noth der Landwirtschaft schnelle und gründliche Rettungsmaßnahmen erfordert, dann kommt es gar nicht auf ministerielle Bedenken an; die Herren Minister werden sich dann eben „fügen“. So lange diese Ueberzeugung nicht gewonnen ist, kann es ganz gleichgültig

sein, unter dem Namen welcher Firma das derzeitige politische System in das Handelsregister eingetragen wird. Die einzig bedeutsame Frage ist, welchen „Kurs“ wir in Zukunft haben werden; darauf kommt Alles an, nicht auf den Namen der Bedienungsmannschaft. Dergleichen mag Streber interessieren, die in hohe Stellungen hinaufklettern wollen; uns, die wir die Sache im Auge haben, interessiert dergleichen nicht. Wir streben nur darnach, daß das Reichsamt in agrarischen Angelegenheiten hineinkommt; aber die Person des Steuerbeamten hat ein Höheres zu entscheiden.“ — Wir wollen nicht bestreiten, daß diese Auslassungen die tatsächliche Situation durchaus richtig zeichnen. Ein Anderes freilich ist es, ob eine solche Gestaltung der Dinge wünschenswerth und mit den parlamentarisch-konstitutionellen Grundgesetzen des Staates in Einklang zu bringen ist. Wir sind der Meinung, daß sie ihnen strikte entgegenläuft und daß Derjenige, der die Weiterentwicklung nach dieser Seite befördert, diese Grundgesetze neigt und auf den offenkundig verheerlichen Absolutismus hinführt. Die Minister als stumme Diener des Monarchen sind übrigens den junkerlichen Agrariern auch nur dann genehm, wenn der Monarch „in agrarischen Angelegenheiten hineinkommt“. Es ist die Verhöhnung des alten Junkerspruches: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut!“

Wer ist der Anführer des Stenel-Prozesses?

Diese Frage harri noch immer der authentischen Aufklärung. Das „Berliner Tageblatt“ meint, das Dementi im „Reichsanzeiger“ habe die belgischen Regierungskreise in eine selbstverschuldet peinliche Verlegenheit versetzt. Da nun nicht mehr die Rede davon sein konnte, daß die deutsche Regierung die belgische zur Stelle des Strafankrages aufgefordert habe, behauptete man in Brüssel jetzt, die deutsche Regierung habe wenigstens dazu „anmirt“. Der Brüsseler Berichtshatter des „Berl. Tagebl.“ telegraphirt: „Gegenüber allen jetzigen und künftigen Dementis halte ich meine Meinung, daß die deutsche Regierung erst die belgische Gefandtschaft in Berlin auf den Artikel des „Hamburger Echo“ aufmerksam machte, aufrecht. Trotzdem hätte die Gefandtschaft seinen Strafanktrag gestellt, wenn sie nicht geglaubt hätte, damit der deutschen Regierung angenehm zu sein. Hier sind dieselben Prozesse nicht üblich, wie denn auch die Verfolgung des Hamburger Medaillens in ganz Belgien einen ähnlichen Eindruck machte.“ — Dazu bemerkt das „Berl. Tagebl.“: „Wir können der belgischen Gefandtschaft, Angehts der in Preußen grassirenden Verfolgungssucht wegen Markensbeleidigung,

ironisches Lächeln suchte von Zeit zu Zeit um seine Lippen. Er hatte eigentlich nach dem Bruch mit seiner schönen Freundin, auf die er so stolz gewesen war, nach dem schimpflichen Abschied, den sie ihm erteilt, am allermeisten Ursache, seinen letzten Nadeln zur Seite zu duden und das pomadurte Kopfschmuck beiseite hängen zu lassen. Aber nein, er dachte gar nicht daran. War er doch trotz seiner Niederlage Herr der Situation geblieben und hatte die germanischen und slavischen Kräfte nach seiner Pfeife tanzen lassen.

Nach Tisch trat Klaus Jürgensen an Doktor Duhn heran und trugte ihn mit ernter, geheimnißvoller Miene, ob er ihn in einer wichtigen, persönlichen Angelegenheit unter vier Augen sprechen könne.

Doktor Duhn erklärte sich bereit und dieß wieder mit Fräulein Charlotte oder auch mit Harro von der Wille ein wenig spazieren gehen. Sobald er in seinem Studen mit Jürgensen allein war, holte dieser einen Brief hervor, in einem grün gemusterten Kuvert von allermodernerer Eleganz.

„Ich habe Ihnen zunächst diesen Brief zu übergeben,“ sagte er in möglichst gleichgültigem Tone und nahm dann schwerfällig auf dem nächsten Stuhl Platz. Er beobachtete aufmerksam das Gesicht seines Lehrers, das ihm nur halb zugewendet war.

(Fortsetzung folgt.)

Die Entgleisen.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nach einem Boraken von Ernst von Holzogen.

40) — (Nachdruck verboten.)

Fünfter Tag.

Auch am nächsten Morgen noch genos Harro von der Wille den Privatunterricht des Doktor Duhn, da den erwachsenen Herren Professors der Morgenstunden von Berlin der frühen Abfahrtsstunde halber nicht konvenirt hatte. Aber der gute Knabe war trotz seiner ersten Vorzüge nicht allzu aufmerksam, dieweil Fräulein Lisbeth dabei amesend war und überdies seine lebhafteste Einbildungskraft seinen Geist auf schwindelnden Berggipfen spazieren führte. Er hatte sie nämlich gestern Abend in ihrem türkischen Kostüm gesehen, und der Anblick hatte ihn um das letzte Wehchen gründer Verwundt gebracht. Sein armes Herz war nun wie toll und trunten, seine Leidenschaft für das hübsche Kind zu einer Art Delirium geworden, in welchem er sogar seinen geliebten Begleiter nicht mehr zu sägeln vermochte. Er hatte bei dem nächsten Besuche, die Reise der geliebten Odaliske in den Sand gemorien. Alle Glieder schmerzten ihn noch von dem Sturze, als er aus dem süßesten der Träume an diesem Morgen spät erwachte. Obwohl das lateinische Exerzium, das ihn Doktor Duhn schreiben ließ, von Fesseln wimmelte und er über seine Unwissenheit recht ungeschämt die Wahrheit gesagt bekam, so wünschte er doch nichts sehnlicher, als

daß seine nichtsnutzigen Herren Mitschüler überhaupt nicht wiederkehrten und er noch lange, lange der Privatstüler seines zukünftigen Schwiegeraters bleiben möchte — denn daß er den Gegenstand seiner glühenden Leidenschaft so bald wie nur irgend möglich zu seinem ehelichen Weibe machen müsse, das stand bei der frommen Sinnesart und den soliden Grundfäßen des jungen Herrn von der Wille natürlich schon längst fest.

Mit dem Mittagszuge trafen die Herren aber doch wieder ein. Siegmar Goldhader erbat eine sofortige Audienz bei dem Herrn Direktor und konnte bereits fünf Minuten später seinen Freunden mittheilen, daß der Rittmeister die Forderung ausgesprochen habe, sie möchten sich im Reichshauptstädchen recht gut amüßirt haben.

Ehe man zu Tisch ging, nahm der Direktor die vier Durchbremer für einen Augenblick bei Seite und erklärte ihnen, sie seien zwar erwachsene Leute und er habe nicht das Recht, sie in der Ausübung ihres freien Willens zu behindern, dennoch aber müsse er sie bitten, für die Zukunft dergleichen Uebergriffe nicht im Interesse der Stetigkeit des Unterrichts und zur Vermeidung bösen Beispiels freundschaftlich zu unterlassen. Das war alles. Nur der Stimmung bei Tisch merkte man es an, daß die schöne Harmonie zwischen Lehrern und Schülern im „Nürnbergcr Reicher“ durch irgend etwas gestört sein müsse. Die in dem praklerischen Prosepekt des Breitenbuchschen Instituts erwähnte, Geist und Gemüth bildende Familienunterhaltung wollte nicht so recht in

Schwung kommen, und der Gouverneur konnte sich trotz des lebhaft abmalenden Augenwinkern seines Chefs nicht enthalten, den Herren durch etliche hübsche Bemerkungen nach Kräften die Suppe zu veralzen.

Sie schauten übrigens alle, mit Ausnahme des Riesen Jürgensen, der so leicht nicht umzuwerden war, recht bleich, geknickt und verkertert barein, ganz besonders der edle Vole, dem heute die samt so fed ausgefetzten Schmutzartigen trübselig aufgedrückt über die Mundwinkel herabhängen. Der hussische Jannmer, der ihm im Wagen saß, war ein Stoß gegen den moralischen, der ihm sein arms, so wenig leistungsfähiges Hirn gemählte. Er hatte bereits ein Schreiben seiner Gattin vorgefunden, welches über die Weisheit der Damen, die das Subjüngungs-telegramm mituntergeschrieben hatten, sehr energig Auskunft verlangte. O Gott, wenn die reue Smanantowka genügt hätte, welche Sünden er sonst noch auf sein Gewissen geladen! Seine schönen dunklen Augen standen ihm voll Thränen, und er war so gelbesamewesent, daß er, statt seinen Labradaten zu essen, sich ebenso hartnäckig als vergeblich bemühte, sich sehr dünnflüssige Apfelsmus mit der Gabel zu Munde zu führen.

Auch der Graf war recht kleinlaut und trat während der ganzen Dauer der Mahlzeit seiner Hochbarin, Fräulein Charlotte, nicht ein einziges Mal auf den Fuß. Er schämte sich, wenn auch vielsticht unbewußt, doch ein wenig vor ihr.

Herrn Goldhaders blanke Augen wanderten bei Tisch von einem zum anderen, und ein



nicht so ganz Unrecht geben, wenn sie glaubte, mit der Stellung eines Strafantrages gegen ein sozialdemokratisches Blatt der deutschen Regierung „angenehm“ zu sein, namentlich, wenn die deutsche Regierung die belgische Gefährlichkeit auf den Artikel des „Lamburger Echo“ besonders aufmerksam gemacht hat. — Washalb giebt die Regierung nicht eine offizielle, dünne und ungewandte Erklärung ab? Um die Feststellung der Thatfache, wer die belgische Regierung veranlaßt hat, in Deutschland dergleichen zu lassen, was sie im eigenen Lande nicht zu verfolgen mag, wird man nicht herkommen. Dazu giebt es parlamentarische Handhaben in Deutschland wie in Belgien. Für eine solche Handhabe wird voraussichtlich auch der weitere Gang des Prozesses sorgen, der erst noch einmündige Zustimmung darüber zu bringen hat, ob der Strafantrag in rechtskräftiger Weise gestellt worden ist. Was in erster Instanz darüber „festgestellt“ ist, kann keineswegs als ausreichend erachtet werden. Soll überhaupt festgestellt werden, daß die belgische Regierung durch einen Regierungsausschuss, d. h. durch Unterschrift des Königs und Gegenzeichnung des kompetenten Ministers, den Strafantrag gestellt hat, dann muß ermittelt werden, auf welchem Wege die belgische Regierung von dem fürchterlichen Vergehen Kenntnis erlangt hat. Weiter wird aber für den Fall, daß der Strafantrag wider alles Erwarten als rechtskräftig gelten müßte, erzwungen werden müssen, ob die im § 103 des Strafgesetzbuches bedingte Gegenleistung wirklich vorliegt, wie es erforderlich. Diese Bürgschaft kann zweifellos als vorhanden nicht angesehen werden, weil in Belgien nicht einmal Belästigungen des eigenen Staatsoberhauptes verfolgt werden und noch weniger auf die Berufshaltung eines Belgiers gegen ein fremdes Majestät in Belgien zu rechnen ist. Die Akten aber den Prozess Stengel sind also noch lange nicht geschlossen.

Die Schaffung einer Militärstrafprozedur, die den Rechtsbegriffen des Volkes entspricht, steht beinahe in Preußen auf den beängstigten Widerstand. Aber die Offiziere in Belgien suchen Bayern die Schuld für die Verzögerung der Reform zuzuschreiben, weil Bayern an den Grundbegriffen festhält, die in der dort geltenden Strafprozedur sich bewährt haben und wenigstens nicht so rückständig sind, wie die im übrigen Deutschland geltenden Bestimmungen. Die Offiziere „Der. Vol. Nachr.“ erklären kategorisch, — man weiß allerdings nicht, in wessen Namen und Auftrag — nur die Haltung Bayerns in Bezug auf den obstruierten Gerichtshof sei an der Verzögerung der Reform Schuld; die Zeit werde kommen, wo das nötig klar werde. — Dazu bemerkt die „Rln. Volks-Ztg.“: „Wenn Bayern eben wegen der Militärstrafprozedur, so wäre das wohl richtig; noch mehr aber hätten die bayerischen Offiziere Recht mit der Behauptung, die Schuld liege in Berlin. Gäbe Bayern nach, so wäre allerdings alles in Ordnung; bawollte wäre aber auch der Fall, wenn man in Berlin nachgäbe, und dazu hätte man um so eher Anlaß, als Bayern im Rechte ist. Auch die Einheitsrichter können lassen; soll gar die bayerische Militärstrafprozedur in Frage kommen, so muß man ihm denselben lassen. Auf alle Fälle bleibt die Schuld an der Verzögerung auf Berlin hängen. Wenn man das nicht mehr haben will, soll man fast offiziell Ausstellungen den Entwurf selbst vorzeichnen; dann kann sich Jeder überzeugen, wie die Dinge stehen.“

Der Gehlekwort über die Entschädigung unzulässig Beurteilten ist, wie gemeldet, dem Bundesrat zugegangen. Ueber den Inhalt der Vorlage entnehmen wir einem Berliner Blatte folgendes: Die Vorlage nimmt den Standpunkt ein, daß darüber, ob die Entschädigungspflicht der Staatskasse begründet ist, was auch über den Betrag der zu leistenden Entschädigung einiglich von den Gerichten zu entscheiden ist. Der Kreis der Personen, welche eine solche Entschädigung beanspruchen können, und der Umfang des zu leistenden Schadenersatzes sind in gleicher Weise beschränkt, wie dies durch den vorjährigen Entwurf der Regierung in Aussicht genommen war. Auch ist die Vorlage darin auf dem Standpunkt des früheren Entwurfs verblieben, daß nur Demjenigen, deren Unschuld zu Tage getreten ist, ein Entschädigungsanspruch zu gewähren ist. In dieser Beziehung heißt es in der dem Entwurf beigegebenen Begründung: „Die obwaltenden Bedenken gehen im Wesentlichen dahin, daß die Entschädigung des Gerichts zwei Klassen von Freigeprochenen schafft, wobei Diejenigen, denen ein Entschädigungsanspruch nicht zuerkannt wird, dauernd mit einem Makel behaftet bleiben. Diese Folge würde allerdings unvermeidlich sein, wenn im Anknüpf an das Urtheil, durch welches die Freisprechung im Wiedererkenntnisverfahren erfolgt, das Gericht in öffentlicher Sitzung darüber zu erkennen hätte, ob dem Freigeprochenen eine Entschädigung gebühre oder nicht. Es wird aber, wenn auch nicht ganz vermieiden, so doch in hohem Maße abgeschwächt, wenn über die letztere Frage zwar nach dem Gesamtmittheil des abgeurteilten Strafverfahrens, aber außerhalb dieses Verfahrens entschieden wird, und wenn die Entschädigung von dem Gericht nicht zugleich mit dem Urtheil, durch welches die Freisprechung erfolgt, öffentlich verkündet, wenn sie vielmehr lediglich dem Freigeprochenen eröffnet wird. Der Freigeprochene, dem eine Ent-

schädigung gebührt, wird durch die Feststellung der Entscheidung des Gerichts in die Lage versetzt, im Rechtswege die Zahlung derselben zu fordern, was ihm nach dem Gesetze zu verweigern ist. Der Freigeprochene, dem eine Entschädigung nicht zugestanden wird, kommt nicht in die missliche Lage, daß ihm solches vor der Öffentlichkeit kundgegeben wird. Die freisprechenden Urtheile erziehen keine Differenzierung unter einander. Dieser Weg hat der Entwurf vorgezeichnet. — Uns scheint dieser Ausweg sehr bedenklich zu sein. Selbst die geheime Anerkennung oder Verneinung der Entschädigung wird nicht geheim bleiben und der Makel bleibt an dem hängen, der keine Entschädigung erhält.

Die moderne Gesetzgebung wird wieder gekennzeichnet durch ein an den Bundesrat gerichtetes Gesuch des Zentralverbandes deutscher Kaufleute um Aufklärung darüber, was unter getrennten Verkaufsräumen im Sinne des Margarinegesetzes zu verstehen sei, sowie ein Gesuch, daß die Anbringung eines Verkaufsfalles im Verkaufsfalle als genügend anerkannt wird. Wie die „R. P.“ erzählt, dürfte der Bundesrat dieser Petition scharf antworten. Und die an der Durchdringung des Margarinegesetzes hat beabsichtigt, Germania bemerkt mit einer gewissen schadenfrohen Genugthuung: „Das sogenannte Margarinegesetz scheidet ganz genau vor, aber welche Punkte der Bundesrat Ausführungsbestimmungen zu erlassen hat. Somit er dazu berechtigt und verpflichtet ist, hat der Bundesrat das bereits getan; dazu gehört aber die Frage der Trennung der Verkaufsräume nicht. Der Bundesrat dürfte unter diesen Umständen um so weniger Veranlassung nehmen, eine Bestimmung darüber zu erlassen, als er damit einer Entscheidung der Gerichte vorgreifen würde, die an beratende Bestimmungen des Bundesrates nicht gebunden sein würden. Man wird eine Entscheidung darüber, was unter getrennten Verkaufsräumen zu verstehen ist, zunächst dem gefunden Urtheil der überwachenden Beamten überlassen müssen, oder gleich nach Antretreten des § 4 des Margarinegesetzes (Verkaufsräume), die beinahe am 1. April nächsten Jahres erfolgt, eine richterliche Entscheidung herbeizuführen haben.“ Jedenfalls kann man sich nicht Dummere denken, als, wenn über die Ausführung eines Gesetzes schon im Voraus Zweifel bestehen, deren Lösung den Gerichten zuweisen. Wir meinen, die Früchte moderner deutscher Rechtspflege sind nicht so verlockend, daß man den Gerichten die Entscheidung solcher Fragen überlassen soll. Das würde auch in anderen ähnlichen Fällen kaum verlangt werden. Aber hier handelt es sich darum, den vorerwähnten Zweck des Gesetzes zu erreichen; den Margarinehändlern das Leben so schwer zu machen, daß sie den Betrieb der Margarine aufgeben. Der Erfolg solcher Drangsaltsmethode wird freilich nur sein, daß die Margarine vielfach den Butterertrieb ganz verdrängen wird.

Zum Kapitel der Sparmaßregeln bei den preussischen Staatsbahnen wird dem „Reformator“ aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Rassel ein neuer Beitrag geliefert. Es wird mitgeteilt: Die Sparmaßregeln bei den Eisenbahnen hat in den letzten Jahren einen erschreckenden Umfang angenommen, worunter hauptsächlich die Unterbeamten und Arbeiter zu leiden haben. Hier im Direktionsbezirk Rassel sind in den letzten drei Jahren über Stationen zweiter und dritter Klasse zu Haltestellen gemacht worden, zum Beispiel Liebenau, Weiskäm, Wernemuen, Eiben, Beerungen, Fürstenberg, Kausen u. c. Schreiber dieser Zeilen war selbst längere Zeit auf der Haltestelle Beerungen und mußten wir dort von früh bis in die Nacht arbeiten, um das vorgezeichnete Arbeitspensum zu bewältigen. Als früher diese Haltestelle Station war, befanden sich dortselbst 1 Stationskassierer, 1 Assistent, 1 Stationsgehilfe, 1 Weichensteller, 2 Schuppenarbeiter; jetzt sind dort 1 Haltestellen-Auffseher, 1 Weichensteller und 1 Schuppenarbeiter. Die früheren Herren bezogen 2100 Mk. Gehalt, die jetzigen Weichensteller erster Klasse je 1000 bis 1500 Mk., müssen aber mehr leisten wie die Herren Vorleser und Assistenten, weil das Personal verringert ist, die Arbeit sich aber vermehrt hat. Früher wurden in Beerungen 7500 Mk. Gehalt ausbezahlt, jetzt nur 3500 Mk., also 4000 Mk. weniger bei derselben Arbeitsleistung. Nun ist es mit den anderen zu Haltestellen gemachten Stationen genau so, so daß man nicht fest geht, wenn man die hierdurch ersparten Ersparnisse allein für den Direktionsbezirk Rassel jährlich auf 50000 Mk. berechnet. So und noch schlimmer mag es in sämtlichen 20 preussischen Direktionsbezirken ergehen. Die Haltestellen sind Goldgruben des Staates. Wenn man die vorgezeigte Diktation um Hilfe angeht, so wird man kurz abgewiesen, oder es kommt ein Direktionsmitglied, welches eine oberflächliche Revision vornimmt und findet, daß noch zu viel Leute da sind und mit Strafe droht, wenn man sich je wieder vernehmen sollte, um Hilfe zu schreiben. Daß unter solchen Umständen die Sicherheit des Betriebes leiden muß, ist klar. Der äußere Betriebsdienst wird ungenügend versehen, man stürzt im letzten Augenblick heraus, wenn der Zug in den Bahnhof einfährt, den Kopf voll von zu erledigenden Berichten und Verfügungen.“

Die höchsten Konserativen haben vor einigen Tagen in Dresden unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit ihre Jahresversammlung abgehalten, in der man auch über die bevor-

stehenden Reichstagswahlen bericht. Wie die „R. P.“ erzählt, ist man über die Aufstellung der Kandidaten noch nicht schlüssig geworden, doch soll für Dresden links der Elbe (Rhein) der Graf Herbert Bismard jetzt endgültig in Aussicht genommen sein. In diesem Kreise ist 1893 der Antimittler Zimmermann mit 19857 gegen 16189 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden; die Konservativen erhielten im ersten Wahlgang nur 6127 Stimmen. Da der Antimittlerismus in Dresden stark an Kredit verloren, die Sozialdemokratie aber erheblich an Ausbreitung gewonnen hat, so hoffen die Konservativen, den Grafen Bismard mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu bringen und dann mit antimittlerischer Hilfe die Mehrheit zu erhalten. Die Sache könnte aber auch anders kommen. Daß man den Antimittler mit dem Sprößling Bismards in's Geleise kommt, dürfte der Sozialdemokratie am wenigsten schaden.

England.
London, 24. Okt. Besonders auffallend in dem geroaltigen Kampf zwischen dem Verband der Unternehmer und den Gewerkschaften ist die beinahe gänzliche Theilnahmslosigkeit, um nicht zu sagen Gleichgültigkeit der Staatsmänner und Politiker beider Parteien dieser wirtschaftlichen Krisis gegenüber, deren Folgen man in politischen, sowie im wirtschaftlichen Leben Englands viele Jahre hinaus verpöhlen wird. Der Kanonikus Barnett, der im Oktober Londons seit Jahren unter der arbeitenden Bevölkerung wirkt, hat dem Schriftführer der Maschinenbauer eine 8 Pfund-Note geschickt als Zeichen seiner Sympathie für die übergegangenen Arbeiter; er vertritt auch die Gewerkschaften verblühten läßt, an ihre Stelle Elemente treten werden, die dem nationalen Leben gefährlich sind. Von den liberalen Abgeordneten, denen man doch größeres Mitgefühl für die in ihrem Versehen drohenden Gewerkschaften und ein klareres Verständnis für den Ernst der Lage zugetraut hätte, hat sich bisher nur einer, Sydney-Burton, rüchthaltig auf die Seite der Arbeiter gestellt. Natürlich haben die Wortführer der Arbeiter im Unterhaus ihr Möglichstes gethan. Unter diesen hat wohl John Burns das Größte geleistet; er hat bei der Vertagung des Unterhauses 40 Städte besucht und für die Sache der Arbeiter 80 Reden gehalten. Gemaltige Freude verurteilt die Meldung von den großartigen Gaben, die aus dem Auslande zur Unterstützung der gerechten Sache gesendet werden. Die Maschinenbauer haben von jeder für Auszubehende im Auslande eine offene Hand gehabt; um so mehr freut es sie, die vor Zeiten 80—100000 Mk. zur Unterstützung von Auszubehenden im Auslande beigegeben haben, daß man ihnen jetzt in ihrer Stunde der Noth im Auslande beisteht. Wie lange der Auslande dauern wird, weiß Niemand. Das über den Stand der Krisis gemächlich gut unterrichtete Vorleser „Daily Chronicle“ meidet heute, daß voraustrichtig der Kampf noch sechs Monate dauern wird. Die Hilffelder betragen letzte Woche 100000 Mk.; sie werden diese Woche die Summe übersteigen; man rechnet von nächster Woche an auf eine regelmäßige Beifutter von 10000 Pfd. Sterl. (200000 Mk.) wöchentlich. Es ist ganz unnütz, mit dem Minister Ritchie darüber zu rechten, daß er seinen Bemittler ernannt hat, und die Hände im Schoß, jedoch, wie die bedeutende und einträgliche Industrie im Lande zu Grunde geht. Die ganze amerlichsichtige Horde, gleichviel ob liberal oder konservativ, taugt ja nichts. Herr Ritchie wird obenrein von seinen reaktionären Amtsgenossen zurückgehalten. Er hat schließlich den einzig richtigen und ausführbaren Vorschlag zur Beendigung der Krisis gemacht, indem er verlangt, daß als Vorbedingung der Konferenz der Auslande gegen die drei Firmen in London und die Arbeitslosen im Lande zu gleicher Zeit aufhören sollte.

Amerika.
Newark, 23. Oktober. Die demokratischen Wähler sprechen viel von einem Plan der Geldleute, den Rubanen 200 Millionen Dollar (800 Millionen Mark) zum Verkauf von der spanischen Abhängigkeit vorzuschreiben und dafür sich in der kubanischen Forderungspolitik häuslich niederzulassen, ein sehr einträgliches und sicheres Geschäft. Dieser Plan wird mit seinem vollen Namen als das Rubanische Anleihen und Jucker-Truggeschäft bezeichnet. Mac Kinley, der Präsident der Vereinigten Staaten, soll natürlich mit im Komplott sein. Die kubanischen politischen Führer in New York, Roney, Kramonte, Trujillo, Lucalta, Palma u. A. haben sich im „Newarker Herald“ für eine angesehene Geldentfaltung in Spanien ausgesprochen, freilich ohne den obigen Plan zu erwähnen.

Zum Tode Carl Grillenbergers.
Nicht minder großartig, würdig und ergreifend, wie die Trauerkundgebung in München bei der Ueberführung der Leiche Grillenbergers, war die Empfangnahme derselben in Göttingen und der Bestattungsort.

Bon Ray und Fern, aus allen Theilen des deutschen Reiches waren Abgehende erschienen. Der Parteivorstand war vertreten durch Singer, Debel und Liebnicht, und auch der größte

Theil der Javalionsmitglieder war erschienen. Auf dem Bahnhof drängten sich viele Hunderte, die, wie die außerhalb des Bahnhofs harrende Menschenmenge, mit ehrfurchtsvollem Schweigen den großen Todten begrüßten. Ein großartiger Leichenzug bewegte sich nach dem Krematorium, dem Tausende von Zuschauern er großartiges Spektakel bildeten. Dem Sarge fuhr ein eigens dazu bestimmter Wagen mit 250 Blumen- und Kranzpenden voraus. In der Leichenhalle des Krematoriums wurde der Sarg aufgebahrt. Hier sprach zuerst der Genosse Dertel, ein Schüler und Freund Grillenbergers, die ersten Worte. Er hob hervor, wie schwer der Tod die Kamerader, die fränkische, die bayerische und die deutsche Sozialdemokratie getroffen. Nach ihm sprach Liebnicht im Auftrag des Parteivorstandes. Er schilderte den Lebenslauf, das Wesen und die Bedeutung Grillenbergers. Dann wies Genosse Eberhardt namens der bayerischen Parteivorstand den Todten einen herrlichen Nachruf. Zum Schluß sprach Genosse Bod als alter Kamerad Grillenbergers und schilderte die glänzenden Eigenschaften dieser starken und glänzenden Individualität. Nachdem dann das Lied: „Ein Sohn des Volkes“, vorgetragen von einer Arbeiterchore, verlesen wurde, sang die sich der Sarg leitete in die Tiefe und wurde dem Feuer übergeben.

Die Rede wird nach Nürnberg überführt und nachdem die Urne in den Redaktionsräumen der „Fränkischen Tagespost“ aufgebahrt worden sein wird, auf dem Zentralfriedhof beigesetzt werden. Die Gedächtnisfeier in Nürnberg, die auf 9 1/2 Uhr Vormittags in den Zentralhallen angesetzt war, gestaltete sich zu einer unerwartet imposanten Kundgebung. Um 7 1/2 waren die großen Säulenhallen gefüllt und eine Stunde vor dem zum Beginn festgesetzten Zeit war kein Platz mehr frei. Auch einer einleitenden Trauermusik und einem darauf vom Arbeitergenossenschaft „Arion“ vorgetragenen Lied, hielt Genosse Segel ein ebenso ergreifendes als begehrendes Leichenrede.

Der Rede folgte ein Trauermarsch und das Lied: „Ein Sohn des Volkes“ mit „Ich sein und bleiben“, womit die Feier ein Ende nahm.

Der „freimüthige“ Magistrat Nürnbergers beauftragte bei der Feier auch seine Pflicht und sandte zwei Beamte zur Ueberwachung der Gedächtnisfeier.

Aus Stadt und Land.

Baut, 26. Oktober.
Beinahe ertrunken wäre am Sonnabend in der Genossenschaftsstraße ein Kind. Dasselbe spielte an dem 3. J. stillesiebenen Kolonnen/iden Neubau und fiel dabei in den ausgegühten, mit Wasser gefüllten Keller. Schon rang das Kind mit dem Tode, als ein aus dem Wege kommende Gymnasialist es erludien. Der eine sprang sofort in den künftigen Teich, blieb jedoch mit den Füßen im Schlamm liegen, so daß es ihm nicht gelang, das Kind demustlohe Kind aus das Trockene zu bringen. Nun sprang der zweite ins Wasser und gelang es diesem, das Kind in Sicherheit zu bringen und seinem Freunde aus der gefährlichen Lage herauszubefrei. Es wäre wohl angezeigt, daß die jvalidische Behörde dem Helfer des Grundstückes aufsteht, eine Schutzvorrichtung anzubringen, um nicht noch weitere Menschenleben zu gefährden.

Veränderungen im Personenstande sind anzumelden! Die Eigenthümer bewohnter Grundstücke und deren Vertreter, sowie alle Haushaltungsvorstände werden vom Fortgehenden des Schätzungsausschusses der Gemeinden des Amtes Jever aufgefordert, alle nach Mai dieses Jahres eingetretenen Veränderungen im Personenstand ihrer Viehbesitzer beziehungsweise in ihren Haushaltungen, durch welche eine anderweitige Besteuerung zur Einkommensteuer für das nächste Halb-jahr notwendig gemacht wird, alsbald und spätestens bis zum 7. November d. J. ihrem Gemeindevorsteher anzumelden.

Invalidität und Altersversicherung. Das Reichsversicherungsamt wünscht die möglich größte Verbreitung der nachstehenden Erinnerung: Anträge auf Bewilligung von Invaliden- und Altersrenten haben häufig weßhalb zurückgewiesen werden müssen, weil die geforderte vorgeschriebene Mindestzahl von Beitragsmonaten (Wartezeit) nicht nachgewiesen werden konnte. Dieser Mangel ist besonders hervorzuheben bei den Rentgenen solcher Arbeiter, welche im Winter fern oder überhaupt nicht gegen Lohn beschäftigt sind (sogenannte Saison-Arbeiter), für welche dann also kein Arbeitgeber Beitragsmonaten in die Contingenzlisten einzeichnen hat. Daß dem Obigen es aber möglich, auch während solcher Arbeitslosen für die Ver-mehrung der Beitragsmonaten, das heißt also für die all-mögliche Erfüllung der Wartezeit zu sorgen. 1) Dies geschieht dadurch, daß ein Versicherter dem Kulturbau der Lohnarbeit die Versicherung freiwillig fortsetzt, indem er für jede Woche der Arbeitslosen Zeit eine Doppelmarke in die Contingenzliste eintrifft. 2) Die Doppelmarken sind bei allen Sozialämtern zu haben und kosten 25 Pfg. das Stück. 3) Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß die Doppelmarken von dem Versicherter in bestimmten Wochen für welche sie gelten soll, eingestrichelt wird. Vielmehr kann dies auch für eine Reihe von Wochen nachträglich geschehen. 4) A. nachdem der Versicherter die Wartezeit der Lohnarbeit in den Beitragsmonaten der Wartezeit ge-längt ist, die Doppelmarken müssen jedoch einzeln ab-gewiesen, bevor wegen fern, nach welcher beginnender Warte-zeit der Versicherter von neuem eine Beitragsmarke vor-schreiben hat. 4) Mit dem Einstrichen der Doppelmarken darf überdies kein Verbal nicht lange gespart werden, weil nach eingetretener Contingenzfähigkeit die spätere Wartezeit von Doppelmarken nicht giltig anzusetzen ist, jedoch dann bei ungenügender Wartezeit die In-validenten ausfällt. Bei Berechnung der Wartezeit für die Altersrente können die Doppelmarken, welche nach Beendigung des 71. Lebensjahres vorzuzahlen sind, nur für die nach dem 71. Geburtstag folgende Zeit, nicht aber für einen früheren Zeitraum in Anrechnung gebracht

Konfektionshaus Gebr. Hinrichs

Billigste und beste Bezugsquelle für Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben.
 Unterzeuge, Wäsche, Hüte und Mützen. Unerreicht billige Preise, reelle Bedienung.

Auktion.

Für betreffende Rechnung sollen am
Mittwoch den 3. Nov. d. J.
 Nachmittags 2 Uhr anfangend
 im Saale des Gastwirths **J. Follers**
 zu **Neuender Mühlenreihe**:
 4 Sophas, 2 Sophasische, 4 Kleider-
 schränke, wozumter 1 nuss. do.,
 1 Verticow, 8 große und kleine
 Spiegel, 3 Silber, 1 Küchenschrank,
 3 Küchentische, 3 Bettstellen mit
 Matragen, 6 Rohrstühle, 6 feinere
 do., 6 Küchenschühle, 2 Spiegel-
 schränke, 1 Eimerschrank, 2 Wascher-
 borden, 2 Servirtische, 2 Humme
 Tiener, 2 Waschtische, 1 Nachtsch
 mit Marmorplatte, 1 Pbd. Gardinen-
 stoffen, auch mehrere Leinwandkleider
 und Saraguerzierungen
 mit Zahlungsbüch öffentlich meistbietend
 verkauft werden.
 Die Sachen sind theils neu,
 theils fast neu.
 Neuende, den 25. October 1897.
H. Gerdes,
 Auktionator.

Verkauf.

Der Gastwirth und Fuhrunternehmer
Cilert Gilers zu **Edau** läßt wegen
 Aufgabe seines Betriebes am
Mittwoch den 27. d. Mts.,
 Nachm. 2 Uhr anfangend,
 in und bei seiner Behausung:
2 Arbeits-Pferde,
 2 starke breitfällige Kollwagen, zwei
 dito Ackermagen, mehrere Pferde-
 geschirre, 1 Kleiderschrank, 1 großen
 Liegenschrank, 1 eichenes Schreibpult,
 1 do. Kiste, 2 Bettstellen mit Matragen,
 1 Kinderbettstelle mit dito, 2 vollst.
 Betten, 1 Kinderbett, 2 Tische, einen
 Waschtisch, 2 Küchentische, 1 Chokoladen-
 Automat, 3 Hosenständer, 1 große
 Badewanne, allerlei Steinzeug, als:
 Kaminen, Terrinen, Teller, Tassen,
 Saucenstücken u., mehrere Duzend
 Messer, Gabeln, Löffel u. Theelöffel,
 2 Duzend Feuerhefen, eine Partie
 leere Fässer, Risten u. Brennholz u.,
 ferner auch:
5 Wille Cigarren,
500 Flasch. Weine
und Liqueure
 und viele hier nicht benannte Gegen-
 stände
 mit Zahlungsbüch öffentlich meistbietend
 verkaufen.
 Neuende, den 7. Oktbr. 1897.
H. Gerdes,
 Auktionator.

Tischelboe bei Giddens.
 Frau Wittwe Fohke Trumpf be-
 abtichtigt ihre zu Tischelboe belegene
Wassmühle
 enthaltend ein in gutem baulichen Zu-
 stande sich befindendes Wohnhaus mit
 zwei kompletten Wohnungen nebst Stall
 und schönem Garten, zum Antritt auf
 1. Mai 1898 preiswerth zu verkaufen.
 Kaufliebhaber wollen sich ebentheils an
 Herrn Gemeindevorsteher Cufes in Tischel-
 boe wenden.

Achtung!

So lange der Vorrath reicht, gebe ich jedem
 Käufer von 3 Pfund Margarine ein feines
 Tafelgeschenk im Werthe von 50 Pf. gratis.
 Ich führe nach wie vor nur Margarine
 der **Düffriesischen Margarine-Werke**, die sich
 bereits durch ihre wirklich bislang unerreichte
 Güte einen besonderen Ruf erworben hat.

August Fimmen

25 Marktstr. Wilhelmshaven. Marktstr. 25.

Bur Neuwahl eines Deputirten

der Feuerischen
 Brandversicherungsgesellschaft
 für Gebäude
 für den Bezirk Sant wollen die
 Interessenten sich
Freitag den 29. Oktober
Abends 7 Uhr
 in **Auhagens Wirthshaus** in
 Sant einfinden.
Der Kreisdeputirte:
A. Müller, Alinenhof.

Tüchtige Maurer

auf sofort gesucht.
 Zu melden beim Bau der
 Detoffizierskule.
Meichner.

Zu vermietnen
 eine dreiräumige Oberwohnung an ruhige
 Bewohner zum 1. November cr.
J. Müller, Neue Wiltb. Straße 49.

Zu vermietnen
 auf sofort zwei dreiräumige Stagen-
 wohnungen.
B. Cordien, verl. Börsenstr. 18.

Zu vermietnen
 zum 1. November cr. eine dreiräumige
 Stagenwohnung.
G. Lübben, Neue Wiltb. Str. 56, u. r.

Zu vermietnen
 zum 1. November oder später eine
 schöne viereräumige Oberwohnung
 mit abgeschlossnem Korridor.
 Neue Wiltb. Str. 57, u. r.

Alte Matragen und Sophas
 werden gut und billig aufgearbeitet in
 und außer dem Hause.
 Grenzstraße 50, 1 Tr.

Das Protokoll

des diesjährig. Parteitagcs
 in Hamburg
 232 Seiten stark — Preis 35 Pfg.
 ist vorrätzig in der
 Buchhandlung des „Nordd. Volksbl.“

Zwei jg. Leute
 können gutes Logis erhalten.
 Marktstraße 26a.

Mrs Schneiderin
 empfehle mich in und außer d. Hause.
 Sant, Doppelstraße 7.

Echte belgische Kaninchen
 zu verkaufen. Riehr Straße 62.

Von dem doppelbreiten
Kleiderstoff
 à Meter von 28 Pf. an
 ist wieder Vorrath.
Georg Aden.

Blaue
Flanellhemden
3,50 Mark
4,00 Mark
5,00 Mark
Gosch & Boldsdorff

Geburtsstags-Gratulation!

Unserm Freund Buschiri, weiche,
 Gratuliren wir auf's Beste
 zum Geburtstags fest!
 Bäume nicht, wenn Du dies liest, weiche,
 füge Dich als guter Christ, weiche.
 So nur bist glücklich.
 Braucht nicht sehr viel auszugeben,
 Wollen nur ein Luder nehmen
 Auf Dein Wohlgehen,
 Deine Freunde von der Gallerie!

Bei unserer Abreise
 sagen wir allen Verwandten und Be-
 kannten ein herzliches Lebenswohl!
Oskar Kupfer u. Frau.

Wegen Umzugs
 nach dem Hause des Herrn Tischler-
 meisters **Grub**, Knorrstraße 4,
 am Marktplatz
soll der letzte Rest des
Waarenlagers
 zu jedem nur irgend annehmbaren
 Preise ausverkauft werden.

Starke Damen-Knopfstiefel Paar 3. M
 Kinder-Knopfstiefel Paar 1. M 50 J
 Pelzrinnen-Mäntel und Ueberzieher für
 Herren und Damen Stück 5 und
 6 M
 Knaben-Anzüge Stück 2 und 3 M
 Herren-Hosen Stück 3 und 4 M
 Reste in Sammet und Seide zu Spott-
 preisen.

Eli Frank
 Einziger Parthiewaarenbazar
 hier am Platz
 Wilhelmshaven, Bökerstr. 12.

Theater in Sant.

Colosseum (C. A. Cornelius).
 Mittwoch den 27. Oktbr. 1897:
 Schönes Gastspiel der
 Wilhelmshavener Theater-Gesellschaft
 Direction: Heint. Scherbarth.

Der große Prophet.

Große Feste mit Gesang in 4 Akten
 von Leon Treptom.
 Musik von G. Steffens.
 Preise der Plätze: Nummer. Platz 1. M,
 Parterre 75 J, Gallerie 40 J. Im
 Vorverkauf bis Abends 7 Uhr: Nummer.
 Platz 80 J, Parterre 60 J, Gallerie
 30 J sind zu haben in Sant bei Herrn
 C. D. Cornelius (Colosseum) und
 Bonenkamp (Wesfstr.).
 Aufsenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Musik von der Kapelle der
2. Matrosen-Division.

Arbeiter-Turn-Verein Phönix.

Damen
 welche noch geneigt sind, einen Damen-
 Reigen mit einzugeben, sowie diejenigen
 Damen, welche sich hierzu bereits
 gemeldet haben, werden gebeten, sich
Donnerstag den 28. October, Abends
 8 1/2 Uhr, in der „Arche“ einzufinden.
Der Turnwart.

Frw. Feuerwehr Wilhelmshaven.

Zur Beerdigung
 des verstorbenen Kameraden **Ammer-
 mann** verjammelt sich die Mitglieder
 der freiwilligen Feuerwehr am **Mitt-
 woch den 27. d. M.,** Nachmittags
 2 Uhr, im Vereinslokal.
Das Kommando.

Trauerfalls halber

bleibt mein Restaurant
Mittwoch Nachmittag
 geschlossen.
Fr. Ammermann, Bw.

Nachruf!

Am Sonnabend starb durch
 Unglücksfall unser Mitarbeiter
Heinrich Rebel.

Wir verlieren durch ihn einen
 braven Mitarbeiter. Möge ihm
 die Erde leicht sein.
 Die Schmiede der Torpedo-Werft.

Die Beerdigung findet am Don-
 nerstag Nachmittag 4 Uhr statt.

4.00
 Mark

Kauft im Spezialgeschäft! Grösste Auswahl, billigste Preise!

folket ein schöner **Akraban-** oder **Cheviot-Kragen**, 7.50 Mk. ein elegantes schwarzes
Capcs. Wer mehr ausgeben will, findet **Feder-Krimmer-Kragen**, ganz gefüttert, für
 Mk. 10.00, solche mit eleganter **Sammetpasse** für Mk. 11.00, wie in meinen Schau-
 fenstern ausgestellt.

Herm. Meinen
 Spezialhaus für
Damen-Mäntel.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Morisse in Wilhelmshaven; Druck und Verlag von Paul Hug in Sant.